



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 24.09.2021

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 30. September 2021, um 16:00 Uhr,
Bürgerhaus Erbenheim, Am Bürgerhaus 3, Wiesbaden-Erbenheim

HINWEISE: Es wird dringend empfohlen, einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.
Es wird dringend empfohlen, einen aktuellen Corona-Test durchzuführen.

Tagesordnung I

1. **21-V-01-4015** **DL 28/21-3, 26/21-3**

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in verschiedenen Gremien nach der Kommunalwahl 2021

Hier: Nachwahl für die Vorschlagsliste der 6 ehrenamtlichen Richter/innen am Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel und Wahl der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen im Wahlkreis I

ANLAGE

2. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung am 12.07.2021 und 15.07.2021

3. Mitteilungen

4. 21-S-00-0006

Fragestunde

5. 21-V-20-0033

DL 35/21-8

Haushaltsplan 2022/2023 (Stadtkämmerer-Entwurf)
Erste Lesung zum Haushaltsentwurf 2022/23: Einbringung

6. 21-F-67-0020

Smart City Wiesbaden und „Eine Wiesbaden-App für die Landeshauptstadt“
- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 22.09.2021 -

Unsere Stadtverwaltung positioniert sich sukzessive als ein digitaler Vorreiter unter den mehr als 600 deutschen Großstädten. Wir haben allen Grund, darauf stolz zu sein - aber ebenso nötig bleibt es auch, diese Position substanziell und finanziell zu festigen sowie noch weiter ausbauen. Was andere Städte und Kommunen im nationalen als auch im internationalen Vergleich vorgemacht haben, möchten auch wir anstreben: eine weitestgehend digitale Verwaltung. Es gilt im Jahr 2021 dringender als je zuvor, die für Bürgerinnen und Bürger sowie für Wiesbadener Unternehmen die relevantesten Dienstleistungen priorisiert in digitale Verfahren umzusetzen. Nicht zuletzt die Coronapandemie hat uns diese Notwendigkeit vor Augen geführt.

Auch das Land Hessen hat die Wichtigkeit der Digitalisierung aller Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger erkannt. Durch das Förderprogramm „Starke Heimat/Förderprogramm II“ sollen in Hessen kommunale Digitalisierungsvorhaben unterstützt und gefördert werden. Der Förderantrag der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde am 26. Juli 2021 positiv beschieden.¹ Hierdurch konnte eine zweckgebundene Zuwendung in Höhe von 2.250.000 EUR für das Projekt Smart City - „Wiesbaden goes smart“ gesichert werden. Ein Teilprojekt sollte hierbei die Implementierung einer „Wiesbaden-App“ sein.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass die digitalen Angebote komfortabel und niederschwellig nutzbar sind. Zu den Nutzungsmöglichkeiten soll in erster Linie der Zugriff auf möglichst viele Informationen und Dienstleistungen dienen: vom Nahverkehr, der Müllentsorgung, Veranstaltungs- und Informationsangeboten über Behördendienstleistungen bis hin zu der Buchung von Bürgerhäusern und Grillplätzen, die bisher nur mit Papierformularen möglich sind. Ferner wäre es wünschenswert, Wiesbadens kulturelle Sehenswürdigkeiten mithilfe der App leichter und innovativer zugänglich zu machen. Dazu könnten städtische Hotspots mit QR-Codes ausgestattet werden und mit der „Wiesbaden-App“ verknüpft werden, so wie bereits am 6. Juli 2021 vom Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit (Beschluss Nr. 0036) beschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. dass der Magistrat dem Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit zeitnah ein Konzept über eine App und ein Webportal im Kontext des geplanten

¹ <https://digitales.hessen.de/pressemitteilungen/wiesbaden-erh%C3%A4lt-f%C3%B6rderung-f%C3%BCr-smart-city-projekt> (Stand: 22. September 2021)

Vorhabens „Smart City Wiesbaden“ vorlegt, die den Zugriff auf möglichst viele städtische Informationen und Dienstleistungen in einer „Wiesbaden-App“ bündelt und konsolidiert.

2. dass zeitnah kommuniziert wird, welche Informations- und Dienstleistungen in einem ersten Schritt prioritär digital verfügbar gemacht werden können.
3. dass geeignete Werbe- und Kommunikationsmaßnahmen erarbeitet werden, damit diese auch zielführend beworben werden kann. Es gilt, ihre Möglichkeiten und Vorzüge der breiten Wiesbadener Bevölkerung zeitnah zugänglich zu machen.

7. 21-F-63-0012

Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen - Nachhaltige Qualifizierung und Weiterentwicklung von Bestandsquartieren

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke.Stadtfraktion und Volt vom 22.09.2021 -

Das Gebot einer klimaschonenden und zukunftsfähigen nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung ist spätestens seit der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung im Sommer 2019 zum Klimanotstand in Wiesbaden erneut deutlich geworden. Demzufolge sind alle klimarelevanten Projekte zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Klimafolgen zu bewerten und mit Blick auf ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele zu prüfen.

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept 2030+ formuliert entsprechend als ein zentrales strategisches Ziel für Wiesbaden die verstärkte Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen im Sinne einer flächen- und ressourcenschonenden Stadtentwicklung. Hierzu gehört neben der Reaktivierung von Brach- oder Konversionsflächen insbesondere auch die Qualifizierung und Weiterentwicklung des Siedlungs- und Wohnbestands.

Die nachhaltige Entwicklung des Siedlungsbestands stellt u. a. einen wichtigen Baustein einer aktiven Bodenpolitik einer Kommune dar. Die Landeshauptstadt Wiesbaden als Teil der stetig wachsenden Metropolregion Rhein-Main, mit steigendem Wohndruck sollte deshalb ihre Flächenreserven im Innern und den Bestand nutzen und transformieren, um eine weitere Flächeninanspruchnahme im Außenbereich zu begrenzen.

Im Fokus stehen dabei gerade die Siedlungen aus der Nachkriegszeit, Großwohnsiedlungen und Zeilenbebauungen der 60er und 70er Jahre, die auch zahlreiche funktionale Defizite aufweisen und sich gleichzeitig sehr gut für die Schaffung von neuem Wohnraum durch Nachverdichtung eignen. Sie befinden sich häufig in der Hand von institutionellen Eigentümer*innen und viele der Gebäude kommen aktuell in einen Sanierungszyklus. Im Zuge einer nachhaltigen Sanierung, Weiterentwicklung und Umgestaltung besteht die Chance sowohl eine qualitative Verbesserung der baulichen Struktur, der öffentlichen Freiräume, der Erschließung sowie der Versorgung/ sozialen Infrastruktur zu erreichen als auch Möglichkeiten für die Schaffung von mehr Wohnraum auszuloten. Dies muss zusammen gedacht werden, da eine Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner für eine moderate Nachverdichtung insbesondere durch eine Verbesserung der Infrastruktur im Quartier erreicht werden kann.

Dabei sollen die Musteranforderungen an einen nachhaltigen Städtebau, wie sie für das Modellquartier Kastel Housing Area vom Stadtplanungs- und Umweltamt entwickelt worden sind, in ihrer Anwendung auf eine Quartiersentwicklung im Bestand übertragen und überprüft werden. Vor diesem Hintergrund ist ein städtebaulicher Rahmen zu entwickeln, der die Konzeptebenen und Themenfelder

- Lebendige Stadt, soziales Miteinander & bezahlbarer Wohnraum
- Klimaaoptimiertes Stadtgrün

- Sensibles Wassermanagement
- Neue Mobilität
- Erneuerbare Energien

integriert. Die hinter den einzelnen Themenfeldern stehenden „Spielregeln“ (Ziele, Maßnahmen, Qualitätsstandards) sind zu einem ganzheitlichen Konzept zusammenzuführen und auf eine wirtschaftliche Umsetzbarkeit zu prüfen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) Quartiere bzw. Bestandssiedlungen vorzuschlagen, die in Kooperation mit den (vorzugsweise städtischen) institutionellen Eigentümer*innen eine nachhaltige Weiterentwicklung anhand der Nachhaltigkeitskriterien „Lebendige Stadt, soziales Miteinander & bezahlbarer Wohnraum, Klimaoptimiertes Stadtgrün, Sensibles Wassermanagement, Klimaneutralität & Erneuerbare Energien und Neue Mobilität“ erfahren könnten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist auch das Thema der umweltverträglichen Nachverdichtung durch Ergänzungsbauten und Aufstockung zu berücksichtigen.
- 2) darüber hinaus auch die notwendige Infrastruktur für Jugendliche, Ehrenamt, Vereinsleben und Kultur zu betrachten.
- 3) alle Akteur*innen aus dem Quartierskontext sind bei der Konzepterarbeitung frühzeitig einzubinden, um insbesondere Ziele, Vorgehen und Aufgabenverteilung konsensual zu klären.
- 4) als Expert*innen vor Ort sind die Bewohner*innen frühzeitig und in geeigneter Form am Transformationsprozess zu beteiligen, um die geplanten Maßnahmen aus dem Quartier heraus auf eine akzeptanzfähige Grundlage zu stellen.
- 5) zu prüfen und zu berichten, welche Förderprogramme von Bund und Land zum Erreichen der Ziele herangezogen werden können.
- 6) zu prüfen, inwieweit die neue Leipzig Charta in eine zielgerichtete Quartiersentwicklungs-politik integriert werden kann.

8. 21-F-05-0026

„They had nothing in common but the English language“ - Englisch als zweite Verwaltungssprache etablieren und Fremdsprachenkompetenz der Verwaltung ausbauen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.09.2021 -

Zu häufig fällt es schon deutschen Muttersprachlern nicht einfach, staatliche Schreiben und „Verwaltungsdeutsch“ zu verstehen. Für Nicht-Muttersprachler stellt dies erst recht eine nur schwer zu überwindende Hürde dar. Nicht zuletzt Corona hat aber gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Verwaltung auch Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erreicht, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen.

Während Unternehmen und der deutsche Staat aktiv um Fachkräfte und die städtische Wirtschaftsförderung um Investoren aus dem Ausland werben, stoßen diese bereits bei der Anmeldung im Bürgerbüro auf Sprachbarrieren. Die Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit der Verwaltung in einer Sprache, die die Verwaltungskunden besser beherrschen, stärkt das Vertrauen der Betroffenen in das Handeln der Verwaltung, erhöht die Servicequalität und birgt Missverständnissen vor.

Auch wenn die Stadtverwaltung nicht jede Verwaltungsdienstleistung in jeder Sprache vorhalten kann, bietet es sich an, zumindest Englisch als lingua franca unserer Zeit so flächendeckend wie möglich

und andere Sprachen je nach vorhandener Fremdsprachenkompetenz der Verwaltungsmitarbeiter ergänzend anzubieten.

Der Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Englisch als zweite Verwaltungssprache zu etablieren und hierzu
 - a. im Zuge der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes alle digitalen Verwaltungsdienstleistungen auch in englischer Sprache anzubieten.
 - b. sicherzustellen, dass in jeder Verwaltungseinheit mit externem Kundenkontakt mindestens ein Mitarbeiter mit verhandlungssicheren Englischkenntnissen präsent ist, um die Verwaltungskunden proaktiv (z.B. auf der städtischen Webseite oder bei der Terminvereinbarung) auf die Möglichkeit der Nutzung der englischen Sprache hinzuweisen.
 - c. Die meistgenutzten Informationsangebote auf wiesbaden.de auch in englischer Sprache stets aktuell und parallel anzubieten.

2. die Fremdsprachenkompetenzen der Verwaltung schrittweise auszubauen und hierzu
 - a. die Fremdsprachenkenntnisse der Verwaltungsangestellten zu erheben und Möglichkeiten zu prüfen, diese Kenntnisse im Verwaltungsverkehr zu nutzen
 - b. bei Ausschreibungen für Stellen mit Kundenkontakt die Beherrschung von Fremdsprachen (insbesondere Englisch) in die Bewerberanforderungen mit aufzunehmen.
 - c. im Rahmen der Fortbildungen für städtische Angestellte einen stärkeren Fokus auf Fremdsprachenangebote zu legen und hierzu im Bedarfsfalle auch private Sprachinstitute mit einzubeziehen.
 - d. die Möglichkeiten zum internationalen Austausch von Verwaltungsangestellten und Auszubildenden (Erasmus+ u.ä.) stärker zu nutzen und bei den Mitarbeitern aktiv für diese Möglichkeit zu werben.

9. 21-F-55-0038

Tariftreue und Steuergerechtigkeit in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Die Linke.Stadtfraktion vom 22.09.2021 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden und ihre Gesellschaften vergeben jährlich zahlreiche Aufträge in unterschiedlichsten Größenordnungen. Hierdurch besteht die Möglichkeit, durch Vorgaben im Vergabeverfahren positiven Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und die Einhaltung rechtlicher Vorgaben zu nehmen.

Darüber hinaus kann die Landeshauptstadt Wiesbaden durch die Einstellung kommunaler Steuerprüfer*innen zur Unterstützung des örtlichen Finanzamts bei der Prüfung der Gewerbesteuer, für ein verbessertes Prüfintervall, eine erhöhte Steuergerechtigkeit und eine generelle Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens sorgen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Die Vergaberichtlinien folgendermaßen anzupassen:
 - 1.1 Bei allen Vergaben durch die Landeshauptstadt Wiesbaden und ihre Gesellschaften, wird sichergestellt, dass alle Vertragspartner*innen die jeweils gültigen Tarifverträge und rechtlichen Vorgaben einhalten.

- 1.2 Bei der Ausgestaltung von Verträgen wird durch die Implementierung einer entsprechenden Vertragsstrafe sichergestellt, dass die Vorgaben unter 1.1 eingehalten werden und die Vertragspartner*innen dies auch gegenüber möglichen Auftragsnehmer*innen sicherstellen.
 - 1.3 Die Einhaltung der Vorgaben, insbesondere die Einhaltung tariflicher Bestimmungen und der Ausschluss von illegaler Beschäftigung, werden durch die Landeshauptstadt Wiesbaden überprüft.
 - 1.4 Es wird eine städtische Kontrollstelle zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung eingerichtet.
2. Vier kommunale Steuerprüfer*innen zur Unterstützung des Finanzamts bei der Prüfung der Gewerbesteuer einzustellen.

10. 21-F-40-0003

Denkmalschutz für die Salzbachtalbrücke

- Antrag Lukas Haker, Partei „Die Partei“ - Fraktion „Die Linke“ vom 22.09.2021 -

In Anbetracht der historisch abstürzenden Umfrageergebnisse der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2021 ist der Job von Andreas Scheuer als Verkehrsminister in Gefahr. Um ihm und seiner miserablen Arbeit ein Denkmal zu setzen, angelehnt an seine Steuerverschwendung, sollten umgehend Maßnahmen ergriffen werden.

Daher wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat möge folgende Maßnahmen zur Umsetzung bringen:

1. Jegliche Maßnahmen zum Abriss der Salzbachtalbrücke werden eingestellt
2. Die Brücke wird in Andreas-Scheuer-Gedenkbrücke umbenannt
3. Der neubenannten Andreas-Scheuer-Gedenkbrücke wird Denkmalschutz gewährt
4. Fahrrädern, Bussen und E-Autos ist zu Ehren Andreas Scheuers die Nutzung des Bypasses verboten und
5. Flugtaxen und anderen Autos ist grundsätzlich die Vorfahrt zu gewähren.

11. 21-F-10-0006

Stadtentwicklungsmaßnahme aufgeben - Zukunft des BKA in Wiesbaden sichern

- Antrag der AfD-Fraktion vom 11.05.2021 -

ANLAGE

12. 21-F-15-0001

"Europastadt" Wiesbaden - Europäische Idee kommunal verankern!

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 10.05.2021 -

ANLAGE

13. 21-F-16-0001

Reaktivierung der Aartalbahn
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 11.05.2021 -

ANLAGE

14. 20-F-01-0015

Kommunikationsaufträge RCC - weiterer Beratungsbedarf (Akteneinsichtsausschuss)
- Antrag der SPD-Rathausfraktion zu TOP 2 der Sitzung des Revisionsausschusses am 25. November 2020 -

Berichterstattung: Stv. Kisseler

ANLAGE

15. 21-F-67-0018

Schülerinnen und Schülern einen sicheren Schulweg ermöglichen
- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 22.09.2021 -

Die Fritz-Gansberg-Schule am Moltkering, seitlich der Bierstadter Straße, ist seit ihrer Eröffnung einem ernstzunehmenden Problem ausgesetzt: Der Schulweg zur Grundschule, insbesondere die letzten Meter, stellen eine verkehrstechnische Herausforderung für die Grundschul Kinder dar, denn der Schulweg, insbesondere vor dem Schultor, ist nicht ausreichend gesichert.

Bereits 2018 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, dass Prüfschritte bzgl. der o.g. Situation eingeleitet werden sollen. Bei der Planung der Schule wurde auf eine mögliche Querungsproblematik hingewiesen. In der SV 17-V-40-0037 (Fritz-Gansberg-Schule Ausführungsvorlage) unter dem BP 1.6 steht *„für die Sicherheit der Schulkinder zu prüfen ist, ob möglicherweise Sicherungsmaßnahmen in Form von Querungshilfen und einer Ampelanlage am Moltkering notwendig werden“* geschrieben. Diese wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 7. Februar 2018 angenommen (Beschluss Nr. 0007).

Im Ortsbeirat Südost wurde diese Problematik ebenfalls thematisiert (Beschluss Nr. 0050 der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirats des Ortsbezirkes Wiesbaden Südost am 28. April 2021). Zwischenzeitlich gab es mehrere Gespräche zwischen Eltern und verschiedenen offiziellen Stellen der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Es ist dringend notwendig alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um die notwendigen Querungshilfen, zum Schutz der Grundschülerinnen und -schüler, zu installieren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen und berichten,
 - a. weshalb bis heute keine adäquaten Sicherungsmaßnahmen für den Schulweg zur Fritz-Gansberg-Schule vorgenommen wurden;
 - b. ob noch weitere Schulen von eben dieser Problematik betroffen sind;
 - c. wie lange die Umsetzung der geprüften Maßnahmen dauern wird;

- d. seit wann die Problematik dem zuständigen Dezernenten des Tiefbau- und Vermessungsamts und dem zuständigen Dezernenten des Schulamts bekannt ist und
 - e. wieso die detaillierte Entwurfsplanung zum Umbau des betreffenden Areals bisher nicht umgesetzt wurden.
2. die bisherigen Ergebnisse der SV 17-V-40-0037 BP 1.6 vorzustellen und schnellst möglichst umzusetzen.

16. 21-F-67-0019

Finanzielle Rückendeckung für die Ortsbeiräte
- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 22.09.2021 -

Mit dem Schreiben vom 5. November 2020 verfügte der Wiesbadener Kämmerer, dass aufgrund der pandemischen Lage eine Überleitung von nicht in Anspruch genommenen Restmitteln aus dem Jahr 2019 nach 2021 möglich ist. Der grundsätzliche Verfall von nicht in Anspruch genommenen Finanzmitteln der Ortsbeiräte wird durch die SV 04-V-20-0051 geregelt. Um eine Überleitung aller Restmittel aus 2019 und 2020, die bisher nicht in Anspruch genommen wurden, in das Jahr 2022 zu ermöglichen, soll daher folgender Beschluss gefasst werden, der mit den gleichen Gründen, die zu einer Überleitung der Finanzmitteln von 2019 nach 2021 geführt haben, begründet wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. dass die Überleitung von Restmitteln aus den Jahren 2019 und 2020 nach 2022 ermöglicht wird und
2. dass das zuständige Dezernat eine entsprechende Sitzungsvorlage zeitnah in den Geschäftsgang gibt.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **20-V-02-8006** **DL 50/20-4, 47/20-3**

Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2020 für die Landeshauptstadt Wiesbaden

2. **21-A-02-0003**

Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen Teile des Beschlusses 0131 der Stadtverordnetenversammlung vom 11.03.2021

ANLAGE

3. **21-F-02-0006**

Anpassung von verkehrlichen Maßnahmen
- Antrag der CDU Fraktion vom 08.09.2021 -

ANLAGE

4. **21-F-15-0005**

Kampf gegen Zigarettentümmel!
- Antrag der Fraktion Freie Wähler / Pro Auto vom 08.09.2021 -

ANLAGE

5. **21-F-20-0007** **DL 30/21-2**

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD zum TOP 7, TO I (Konzept Innenstadt neu denken) der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2021

6. **21-F-20-0030**

Sachstand Überleitungsmittel
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

ANLAGE

7. **21-F-20-0034**

Kostenloses ÖPNV-Ticket für den Advent
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

ANLAGE

8. 21-F-20-0035

Bericht zum Mietzuschuss für Gründerinnen und Gründer
- Berichts Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

ANLAGE

9. 21-F-22-0001

DL 33/21-1

Konzept Innenstadt neu denken
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 11.05.2021 -

10. 21-F-22-0016

Barrierefreiheit in den Wiesbadener Stadtteilen weiter voranbringen
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 08.09.2021 -

ANLAGE

11. 21-F-22-0018

Die Ladeinfrastruktur für e-Fahrzeuge ausbauen
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 08.09.2021 -

ANLAGE

12. 21-F-40-0002

Automaten entlang des Radwegs an der Luisenstraße zur Verhinderung parkender Autos
- Antrag des Stadtverordneten Haker vom 07.09.2021 -

ANLAGE

13. 21-F-55-0028

Aufnahme Geflüchteter aus Afghanistan
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 08.09.2021 -

ANLAGE

14. 21-F-60-0006

Flagge zeigen gegen Rassismus und Diskriminierung
- Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt -

ANLAGE

15. 21-F-63-0010

Mietkostenzuschuss Mietschlachtstätte

-Antrag der Fraktionen BÜNDNIS90/Die Grünen, SPD, Volt und DIE LINKE vom 15.09.2021-

ANLAGE

16. 21-F-63-0013

Nachhaltige Verkehrsanbindung Sportpark Rheinhöhe

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 16.09.2021 -

ANLAGE

17. 21-F-74-0002

Alternativantrag zu den Anträgen Nr. 21-F-20-0036 "Zusätzliche Außengastronomie-Flächen weiterhin ermöglichen" sowie Nr. 21-F-67-0017 "Langfristige Öffnung vermehrter Außenflächen für die Gastronomie" der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 21.09.2021

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, VOLT und BWL/ULW/BIG vom 21.09.2021 -

ANLAGE

18. 21-F-75-0001

DL 33/21-3

Corona bedingtes Angebot für Kinder und Jugendliche

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke, Volt und BLW/ULW/BIG zu TO I TOP 6 der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2021 -

- Bericht des Dezernates VI vom 24.08.2021 -

19. 21-V-01-0016

DL 36/21-1, 34/21-3, 33/21-4

Smart City Wiesbaden - Implementierung eines zentralen Programmmanagements

20. 21-V-01-0019

DL 33/21-5

Maßnahmenvorschläge zur Ergebnisverbesserung des WVV-Konzerns

21. 21-V-02-8014

DL 31/21-1

Nutzung des Luisenplatzes in der Vorweihnachtszeit zur Wiederbelebung der Innenstadt nach der Corona-Krise

22. **21-V-02-8016** **DL 33/21-6**
Fortführung Kofinanzierung QuABB - Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule - bis 2023
23. **21-V-02-8017** **DL 33/21-7**
Fortführung Projekt Lernwerkstatt
24. **21-V-04-0007** **DL 30/21-4**
Bericht zum Projekt Walkmühle
ANLAGE
25. **21-V-05-0012** **DL 31/21-2**
Fahrplanwechsel am 12.12.2021
26. **21-V-05-0022** **DL 34/21-5, 33/21-8**
Finanzierung des kostenlosen Busfahrens für Kinder in den Sommerferien 2021
27. **21-V-06-0003** **DL 33/21-9**
WJW gGmbH, Machbarkeitsstudie zur Standortverlagerung Hasengartenstraße auf die Domäne Mechtildshausen
28. **21-V-11-2006** **DL 31/21-3**
Weiterführung des Jobticket-Angebots für die Beschäftigten der Stadt Wiesbaden und ihrer Eigenbetriebe
29. **21-V-20-0027** **DL 33/21-13**
222. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2020: Großstädte" (Schlussbericht).
30. **21-V-20-0028** **DL 31/21-4**
Zusätzliche finanzielle Mittel in 2021 für die Arbeit des Verwaltungsstabes Corona

31. **21-V-20-0029** **DL 30/21-5**
Halbjährlicher Bericht (I/2021) über die Aufnahme von Darlehen und Liquiditätskrediten
32. **21-V-20-0031** **DL 33/21-14**
Bericht Halbjahresergebnis 2021 auf Basis der HMS-Auswertung Stand Juni 2021
33. **21-V-20-0035** **DL 33/21-15**
Bericht über die Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden 2020
34. **21-V-20-0039** **DL 33/21-16**
Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 03.08.2021
35. **21-V-23-0003** **DL 34/21-2 NÖ**
Parkhaus an der Klarenthaler Straße - Kosten für Plausibilitätsprüfung, Elektromobilität und Tiefgründung
ANLAGE
36. **21-V-31-0009** **DL 33/21-5 NÖ, 30/21-6**
Schaffung von budgetneutralen Planstellen im Ordnungsamt
37. **21-V-36-0018** **DL 31/21-6**
Einrichtung eines Sanierungsmanagements "Alt-Biebrich" im Rahmen des KfW-Programms 432 "Energetische Stadtsanierung"
38. **21-V-36-0019** **DL 33/21-18**
HWS/Hochwasserrückhaltebecken Rambach "Im langen Garten"
39. **21-V-37-0004** **DL 31/21-7**
Ersatzbeschaffung des Feuerlösch- und Hilfeleistungsbootes

40. **21-V-40-0029** **DL 34/21-4 NÖ, 33/21-20**
Erweiterung der Kohlheckschule - Grundsatzvorlage
41. **21-V-41-0005** **DL 31/21-8**
Neuausrichtung der institutionellen Kulturförderung der Landeshauptstadt Wiesbaden
42. **21-V-41-0011** **DL 33/21-21**
Zusätzliche Fördermaßnahmen Kultur aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie
43. **21-V-41-0015** **DL 30/21-7**
Kunsthhaus Wiesbaden; Bericht 2021 zur laufenden Sanierung
44. **21-V-41-0016** **DL 30/21-8**
Brandschutzmaßnahmen Schloss Freudenberg (Wiesbadener Gesellschaft Natur + Kunst gemeinnütziger e.V.)
45. **21-V-41-0018** **DL 30/21-9**
Förderprogramme Musik und Darstellende Kunst
46. **21-V-41-0022** **DL 30/21-10**
Förderprogramm Kulturelle Bildung an Schulen
47. **21-V-51-0013** **DL 34/21-6, 33/21-22**
Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, zusätzliche Elementarplätze in der Kindertagesstätte Stauferland, Obermayr Krippe & Kindergarten gGmbH
48. **21-V-51-0037** **DL 31/21-9**
Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2020/21
49. **21-V-51-0041** **DL 31/21-10**
Bericht "Ältere Menschen in Wiesbaden 2020. Entwicklungen, Bedarfe und Angebote"

50. 21-V-51-0045 **DL 31/21-11**

Bericht "Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschul Kinder - Schuljahr 2020/21"

51. 21-V-51-0048 **DL 33/21-23**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Grundsatzvorlage Kindertagesstätte Kohlheckschule in Dotzheim

52. 21-V-66-0011 **DL 31/21-12**

Konzessionsausschreibung Elektroladeinfrastruktur

53. 21-V-66-0207 **DL 34/21-8, 33/21-26**

Yorckstraße - Grundhafte Erneuerung zwischen Nettelbeckstraße und Bismarckring, Grundsatzvorlage

54. 21-V-66-0208 **DL 30/21-12**

Röderstraße - Einrichtung eines Fußgängerüberweges

55. 21-V-66-0212 **DL 30/21-13**

Dostojewskistraße - Einbindung in die Tempo-30-Zone

56. 21-V-66-0215 **DL 34/21-9, 33/21-27**

Holzstraße - Grundhafte Erneuerung, Grundsatzvorlage

57. 21-V-66-0216 **DL 34/21-10, 33/21-28**

Ferdinand-Knettenbrech-Weg 2. BA - Grundhafte Erneuerung, Grundsatzvorlage

ANLAGE

58. 21-V-66-0217 **DL 34/21-11, 33/21-29**

Freudenbergstraße - Grundhafte Erneuerung, Grundsatzvorlage

59. **21-V-66-0308** **DL 30/21-14**
Baugebiet Erbenheim Süd, Südspange
Kostenbeteiligung
60. **21-V-66-0309** **DL 30/21-15**
Baugebiet Erbenheim Süd, Ertüchtigung des Knotenpunkts Berliner Straße / Kreuzberger Ring
61. **21-V-66-0310** **DL 30/21-16**
Verkehrssicherung Fahr- und Gehwege - Beteiligung im Rahmen von Arbeiten Dritter
62. **21-V-66-0311** **DL 30/21-17**
Bericht über die Ausgabe- und Einnahmesituation Instandhaltung Verkehrsflächen 1. Quartal
2021
63. **21-V-66-0314** **DL 33/21-30**
Bericht über die Ausgabe- und Einnahmesituation Instandhaltung Verkehrsflächen 2. Quartal
2021
64. **21-V-67-0009** **DL 30/21-19**
Kinderspielplatzprogramm Wiesbaden 2020/2021
65. **21-V-82-0008** **DL 30/21-20**
Aktualisierte Wirtschaftspläne 2021 des Eigenbetriebs TriWiCon und der Wiesbaden Congress &
Marketing GmbH (WICM) - Festlegung auf Variante A
66. **21-V-82-0009** **DL 30/21-21**
Frankfurt TicketRheinMain GmbH - Liquiditätsentwicklung
67. **21-V-82-0010** **DL 30/21-22**
Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH - Satzungsänderung
68. **21-V-82-0011** **DL 31/21-13**
Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebs TriWiCon

69. 21-V-82-0012 DL 30/21-23

Betrauung der TriWiCon und der Wiesbaden Congress & Marketing GmbH (WICM)

70. 21-V-86-0001 DL 30/21-24

Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebes mattiaqua

71. 21-V-86-0002 DL 30/21-25

Frauenförderplan mattiaqua 2021-2026

Tagesordnung III

1. 21-A-02-0008

Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE

2. 21-V-04-0008 DL 36/21-2, 34/21-4

Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE

3. 21-V-14-0001 DL 33/21-11

Jahresabschluss zum 31.12.2019 der LHW - Entlastung

ANLAGE

4. 21-V-30-0009 DL 31/21-5

Vorschlag für die Wahl einer Ortsgerichtsschöfin/eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden-V (Wiesbaden-Erbenheim)

5. 21-V-52-0011 DL 33/21-24

Wahl von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der Freizeit- und Sportkommission 2021 - 2026

6. 21-V-53-0010 DL 34/21-7

Sicherstellung der Impfangebote vor Ort durch den ÖGD

ANLAGE

7. 21-V-61-0024 DL 33/21-25

Satzung zur Änderung von Festsetzungen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen in Bebauungsplänen im Ortsbezirk Nordenstadt - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

8. 21-V-67-0001 DL 30/21-18

Ortssatzung über die Benutzung von städtischen Feld- und Waldwegen der Landeshauptstadt Wiesbaden (Feldwegesatzung)

9. 21-V-86-0003 DL 30/21-26

Bestellung Mitglieder Personalrat und weiterer wirtschaftlich oder technisch erfahrenen Personen für die Betriebskommission mattiaqua gemäß Eigenbetriebsgesetz

Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen statt:

10. 21-V-06-0004 DL 33/21-10

Hofgut Klarenthal - Rückgabe an die Landeshauptstadt Wiesbaden und Umwidmung des Investitionszuschusses

Tagesordnung IV

1. 21-V-02-8015 DL 33/21-1 NÖ

Kreativ- und Innovationszentrum - Altes Gericht - Anschubfinanzierung

2. **21-V-20-0021** **DL 30/21-1 NÖ**
Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2020 - Information über die wesentlichen Ergebnisse
3. **21-V-20-0030** **DL 30/21-2 NÖ**
Monatsberichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen per 31.05.2021 gemäß StVV 0286 vom 17.09.2020
4. **21-V-20-0032** **DL 31/21-2 NÖ**
Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht I/2021
5. **21-V-20-0038** **DL 33/21-2 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2021
6. **21-V-20-0040** **DL 34/21-1 NÖ**
Monatsberichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen per 31.07.2021 gemäß StVV 0286 vom 17.09.2020
7. **21-V-23-0224** **DL 33/21-3 NÖ**
Ankauf eines Grundstückes in der Gemarkung Schierstein
8. **21-V-23-0226** **DL 30/21-3 NÖ**
Verzeichnis der vom 1. Januar 2021 bis 30. Juni 2021 genehmigten Grundstücksgeschäfte
9. **21-V-23-0232** **DL 33/21-4 NÖ**
Begründung eines Erbbaurechtes in Schierstein
10. **21-V-23-0234** **DL 36/21-1 NÖ, 34/21-3 NÖ**
Bewirtschaftung des Parkhauses Theater und des Parkplatzes Wilhelmstraße
11. **21-V-36-0015** **DL 30/21-4 NÖ**
Üpl-Stellenbereinigung im Umweltamt

12. 21-V-36-0017

DL 30/21-5 NÖ

Niederschrift über die 47. nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 24.06.2021

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher